

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poffschekonto Leipzig 28614

Abbestellung monatlich 4.50 M., durch unsere Zusteller zugetragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postlokalen sowie andere Nachrichten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgung des Bezugspreises.



Telefonnummer 1 M. für die 6 gepulverte Abspaltstelle über dem Namen, Nummern, die 2-pulverige Abspaltstelle 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresausgabe entsprechend Dreifachpreis. Abbestellungen im ersten Teil Jahr von Dezember die 3-pulverige Abspaltstelle 3 M. Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Nichtlieferung bei durch Fernruf übermitteltem Anzeigen überlassen der Firma Garanti. Jeder Abbestellungsdruck, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt
 Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pätzig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 228.

Donnerstag den 29. September 1921.

80. Jahrgang.

Keine Zeitung für eilige Leser.

* In der Reichsanzeiger fand eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft über eine Beteiligung an der Kreditbeschaffung für die Zahlungen an die Militärien statt.
 * Nach einer Denkschrift des Reichsfinanzministers über die bis Ende März 1921 aufgelaufenen Kosten der Arbeitslosenversicherung betragen die Ausgaben der Besatzungsmächte 3.936.954.542 Goldmark, Deutschlands Ausgaben 7.313.911.829 Papiermark.
 * Im freien Verkehr stieg der Dollar an der Berliner Börse Dienstag auf 127 Mark.
 * Dr. Benesch, der bisherige Außenminister, ist zum tschechoslowakischen Ministerpräsidenten berufen worden.
 * Zwischen tschechoslowakischen Truppen und ungarischen Banden fanden Feuergefechte an der Grenze statt.

Drangsalierung.

Nicht wenige Leute in Deutschland werden den Kopf geschüttelt haben, als sie davon lasen, daß General Kolliet, der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, jetzt plötzlich wieder auf die alten Auseinandersetzungen mit der deutschen Reichsregierung in der Frage der Stärke der Zusammenfassung, der Ausbildung und der Unterbringung unserer Schutzpolizei zurückgekommen ist. Man hatte diese Dinge, diese wirklich „offen Kamellen“, längst aus dem Gedächtnis verloren und ist nun höchlich erstaunt zu vernehmen, daß General Kolliet ihnen nach wie vor mit scharfer Kritik gegenübersteht. Man hat nur noch dunkel in Erinnerung, daß es auch ob diesem Streitgegenstand Tage äußerster Spannung gegeben hat, daß auch hier von unserer Seite erst mühsam alle Hebel in Bewegung gesetzt werden mußten, ehe ein nur einigermaßen erträglicher Zustand vereinbart werden konnte. Nun kommt Herr Kolliet und hält der deutschen Regierung vor, daß sie nicht nur die am 12. Mai vereinbarten Fristen nicht innegehalten, sondern sich auch sonst mancherlei leichte und schwere Verstöße gegen die damaligen Abmachungen habe zuschulden kommen lassen. Die Kontrollorgane der Interalliierten Kommission haben nämlich „Feststellungen“ getroffen, und so hat er zu bemängeln, daß die Schutzpolizei immer noch eine zentrale Organisation aufweise, obwohl diese durch die Pariser Note vom 12. Mai „auf irgend einer Stufe oder in irgend einer Weise“ unterjert worden ist. Auch findet er, daß die Schutzpolizei in tatsächlichen Einheiten organisiert sei, die militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Überfluß — man höre und staune: im Überfluß — mit technischem Gerät und Material ausgestattet sei. Ja, noch mehr als das, sie habe sogar den Charakter einer mobilen Streiktruppe gemahnt und werde von einem Ort des Reichsgebietes nach einem andern in eigens aufgestellten Einheiten und mit selbständigem Material, ganz wie die Reichswehr, verlegt. Also, folgert Herr Kolliet, habe die gegenwärtige Polizei aus dem von der Entente kurzzeit gemachten Zugeständnissen Vorteile gezogen, ohne sich den Verpflichtungen unterworfen zu haben, an deren Erfüllung diese Zugeständnisse geknüpft wurden. Jeder militärische Charakter der Polizeiorganisation sei damals ausdrücklich ausgeschlossen worden, und ob die festgelegte Verteilung der Polizeikräfte auf die einzelnen deutschen Länder in Wirklichkeit innegehalten wurde, das zu erkennen, sei die Kontrollkommission nicht in der Lage gewesen, infolge der Schwierigkeiten, die ihren Ermittlungen in den Weg gelegt wurden. Auch hinsichtlich der Polizeischulen bemerkt der französische General die Ausführung der damals getroffenen Vereinbarungen. Infolgedessen fordert er, daß ohne neuen Verzug die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden, um die Organisationen der Polizei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Vor allem aber müsse er auch Maßnahmen verlangen, um der Kontrolle der Polizei völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

Es ist schwer, über diese Vorhaltungen mit der Ruhe zu sprechen, die in unserer Lage unerlässlich ist. Die fremden Beobachter, die wir zu hellen Haufen im Lande haben, können in unserer Schutzpolizei irgend einen militärischen Charakter nur entdecken, wenn sie von vornherein dazu entschlossen sind. In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Scharbewehrung, die selbst im Kampfe mit den mancherlei Verbredersbänden, die sich jetzt in Deutschland breitmachen, nur zu oft den kürzeren gezogen haben. Allenfalls dort, wo sie, um augenblickliche Aufstandsbedingungen niederzuringen, in größerer Zahl zusammengezogen wurden, konnte ihr Vorgehen vielleicht auf ungeschulte Augen einen „militärischen“ Eindruck machen, wobei aber immerhin zu bemerken ist, daß hier, wie zum Beispiel bei dem Bürgerkrieg in Mitteldeutschland, niemals eine größere „Streitmacht“ als rund tausend Mann an einem Fleck verammelt worden ist. Wenn aber nicht einmal diese Zahl von wehrhaften Männern hätte zusammengezogen und einseitig hätte eingesetzt werden können, so wäre entweder die Staatsautorität damals zum Erliegen gekommen, oder man hätte sich letzten Endes doch zum Aufgebot von Reichswehrformationen entschließen müssen, was sicher sehr weittragende und sehr böse Folgen nach sich gezogen hätte. Unbegreiflich, warum man die deutsche Regierung auch dieser letzten Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Ruhe und Ordnung im Lande berauben will — unbegreiflich wenigstens für denjenigen, der sich gegen die Annahme sträubt, daß der Entente an dieser Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland ernstlich gelegen sei. Nur wer sich zu der Überzeugung bekennt, daß die Entente, oder wenigstens die Franzosen, am liebsten jede Ordnung in unserer Mitte zerstört sehen möchten, der allenfalls kann in dem, was General Kolliet tut und treibt, noch sozusagen einigen Sinn und Verstand finden.

Wir wissen möchten wir nur, mit welchen Empfindungen man zum Beispiel in London auf dieses Treiben blickt. Die englische Regierung erfährt jetzt gerade wieder am eigenen Leibe, was es bedeutet, einem „inneren“ Feinde gegenüber nicht genügend militärisch gerüstet zu sein, und daraus mag sich zum Teil auch das lange Hin- und Her der endgültigen Entscheidung in der irischen Frage erklären. Daß Deutschland nicht nur gegen seine äußeren Feinde entwaflnet, sondern auch außerhande gesetzt werden soll, sich gegen die inneren Bedroher seines Daseins, wenn es sein muß, mit den Waffen in der Hand, zu behaupten, das ist eine Zumutung, von dem berühmten christlichen Spiel so abzurufen entfernt, daß Männer, wie Lloyd George, dafür nur ein Achselzucken übrig haben dürften. Dann wird es aber auch Zeit, daß sie ihren starken Einfluß gegen General Kolliet in die Waagschale werfen.

Bei der Entscheidung über Oberschlesien
 England gegen die Teilung des Industriegebietes.
 Nachdem die Oberschlesische Frage einige Wochen in den Hintergrund der politischen Ereignisse getreten war, dürfte sie jetzt bald wieder den wichtigsten Gegenstand der internationalen Auseinandersetzungen bilden. Man hat Grund zu der Annahme, daß die Entscheidung, die feinerzeit in Paris dem Völkerbundsrat übertragen wurde, alsbald fallen wird. Nach einer Havas-Meldung aus Genf haben die Mitglieder des Völkerbundsrates beschlossen, nach Schluß der Vollversammlungen, die Ende dieser Woche zu erwarten sind, in Genf zu bleiben. Dies lasse voraussehen, daß der Völkerbundsrat baldigst seine Arbeiten über die Oberschlesische Frage beenden und sich anscheiden werde, das Urteil bekanntzugeben. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Frage, ob die im Völkerbundsrat vertretenen Großmächte ihre Zustimmung zu dem Völkerbundsgericht einstimmig geben werden, oder ob ein Mehrheitsbeschluss zustandekommen wird. Die Gegensätze zwischen der Auffassung Frankreichs einerseits und Englands sowie der meisten andern Staaten andererseits sind inzwischen anscheinend noch nicht ausgeglichen worden. Daran deutet ein Bericht hin, welches in Genf verbreitet ist und wonach England entschlossen sei, jede Lösung der Oberschlesischen Frage zu verweigern, welche Polen einen Teil des Industriegebietes zusprechen würde. Vielmehr könnte die englische Regierung mit keiner weiteren Teilung Oberschlesiens als der

Abtrennung der Kreise Rybnit und Pleß

zugunsten Polens einverstanden sein. Die Engländer sind in ihrer schon früher geäußerten Ansicht inzwischen durch Studien an Ort und Stelle bestärkt worden. Eine dreigliedrige Kommission des Völkerbundsrates hatte besonders über die ober-schlesische Wasserversorgung Informationen ein und hat ein reiches Kartenmaterial mitgenommen. Bekanntlich ist gerade die in Oberschlesien besonders schwierige Wasserversorgung neben vielen anderen ein besonders schlagender Beweis für die Unteilbarkeit des Gebietes, weil sonst einzelne Teile von ihrer Wasserversorgung abgeschnitten würden. Auch die Bevölkerung Oberschlesiens soll, wie verlautet, selbst bei der Entscheidung gehört werden. Nachdem die Gewerkschaften ihren Standpunkt in mehreren Denkschriften niedergelegt haben, sind

zwei Arbeiterführer nach Genf berufen worden. Von einer den Polen nahestehenden Seite wird dagegen mit größter Beharrlichkeit behauptet, daß die Lösung nur in einer Variante der Sforza-Linie bestehen könne. Dem Rat sei es unmöglich, eine völlig französische, oder völlig englische, wie auch eine einseitig polnische oder deutsche Lösung vorzuschlagen. Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu zu bemerken, daß die Sforza-Linie selbst schon eine viel zu stark vom polnischen Interesse beeinflusste Grenze darstellen würde, und auch die Abtrennung von Pleß und Rybnit würde besonders angesichts der neueren zahlreichen Projekte, die aus diesen Kreisen gerade von polnischer Seite gegen die Lostrennung erhoben werden, keine gerechte Lösung darstellen.

Keine ober-schlesische Sorgen.
 In Oberschlesien, wo in letzter Zeit eine erste Keule der Herrschaft, ist neuerdings in doppelter Hinsicht Anlaß zu Besorgnissen gegeben. Einerseits macht sich die Freikaaderzeugung wieder stärker geltend. Obwohl diese in erster Linie das Ziel verfolgt, einer Zuteilung an Polen zu entgegen, wird dadurch doch vor allem das Interesse des kleinen, zu selbständiger Existenz unfähigen Abteilungsgebietes schwer gefährdet, dann aber auch Deutschland in untragbarer Weise in seinen nationalen und wirtschaftlichen Kraftausbau geschwächt, so daß ein solcher, übrigens im Augenblick sehr unwahrscheinlicher Ausweg die einfachsten und besten Folgen für die internationale Politik haben würde. Neben dieser unverantwortlichen Propaganda beobachtet man eine zunehmende Säkularisierung unter der Arbeiterschaft, die mit bolschewistischen Mächterei im Zusammenhang steht. Auf

einer Straße bei Meibitz kam es zu schweren Ausschreitungen der Belegschaft gegen die Werkleitung, so daß die interalliierte Kommission hier und an anderen Orten militärische Vorkehrungsmaßnahmen ergreifen mußte.

Die Zwangsmittel des Völkerbundes

Eine Blockadedebatte in Genf.
 Der Völkerbund, der dazu helfen soll, den Krieg aus der Welt zu verbannen, ist selbst nicht in der Lage, ganz auf alle Mittel der Gewalt zu verzichten, und einen nicht unwesentlichen Teil seiner Rechtsinstrumente bilden die Bestimmungen darüber, wie er widerpenfliche Staaten dazu zwingen kann, die Urteile, die von Genf ausgehen, anzuerkennen. Man wird sich dazu rein kriegsmäßiger Mittel bedienen, in erster Linie u. a. der Blockade. Aber deren Anwendung hat die Völkerbundsversammlung jetzt eine eingehende Beratung abgehalten. Diese Sitzung war zweifellos eine der wichtigsten der bisherigen Tagung, besonders weil das schwierige in Artikel 16 des Statuts aufgeworfene Problem der Blockade von Völkerbundstaaten, des eventuellen Kriegszustandes und der wirtschaftlichen Sanktionen verhandelt wurde. Man will den Zustand, in dem sich nach Artikel 16 der Völkerbund einem Völkerbundigen Staat gegenüber befindet, nicht sofort eintreten lassen und möglichst durch die ausgiebige Verwendung der wirtschaftlichen Waffen ersparen. Der Abbruch der wirtschaftlichen und anderen Beziehungen soll sich nur auf die Bewohner des betreffenden Landes, nicht aber auf seine Staatsangehörigen in der ganzen Welt beziehen. Auch soll die Aushungerung der Zivilbevölkerung nur in den äußersten Fällen angewendet werden.

Aus der Debatte über dieses Problem ist hervorzuhelien, daß ein Vertreter Griechenlands die nicht unbegründete Besorgnis ausdrückt, daß die Blockademaßnahmen zu Nachaktionen werden und ebenso wie die Regierungen auch unschuldige Frauen und Kinder treffen könnten. Er verlangt, daß sie daher mit allen Garantien umgeben werden möchten.

127 Mark für 1 Dollar!

Unerhörtes Tiefstadium unserer Währung.
 Berlin, 27. September.

Die heutige Börse brachte eine weitere Verschlechterung des Markhandes. Gestern schon war der Dollar mit 117 Mark bewertet worden und heute setzte sich das Sinken der Mark fort. Devisen — Zahlungsausweisungen auf das Ausland — wurden fürmisch verlangt. Obwohl aus New York Meldungen vorliegen, daß die Mark dort eine wenn auch kleine Besserung erfahren hatte, ging hier die Bewegung noch unten weiter.

Schon vormittags wurde die Bewertung des Dollars auf 122 1/2 Mark gestiegen, ein Vorgang, der um so unbegründeter ist, als in New York der Dollar nur mit 114 1/2 Mark bezahlt wurde. Das ist ein Beweis dafür, daß die mancherlei Verschlechterung der Mark deutschen Spekulantentum zu verdanken ist. Im freien Verkehr wurde der Dollar sogar mit 127 Mark gewertet.

In gleichem Maßstabe, wie die Mark fällt, steigen alle Auslandswerte und ebenfalls inländische Sach-, Industrie- und andere Spekulationspapiere. Die Kurse für Devisen erklimmen nie erreichte Höhen. Um die Mittagsstunde zahlte man bereits für 100 holländische Gulden 3800 Mark, für ein englisches Pfund 442 Mark, für 100 französische Franc 840 Mark und für 100 schweizerische Franc 203 Mark.

Ein Abflauen dieses durch keine sachlichen Gründe gerechtfertigten Profitaumwals auf Kosten der deutschen Wirtschaft ist noch nicht abzusehen. Die rücksichtslose Schädigung des eigenen Staatswesens zugunsten eines schädigen Augenblicksgewinns scheint von einem Teil unserer Volksgenossen zum Lebensprinzip erhoben zu sein. Fast möchte man die Gefahr eines Rückschlages, der ja unbedingt kommen muß und kommen wird, schneller herbeiwünschen, wenn man sich der ersten Enttäuschung überlasse und nicht bedenken möchte, daß ein überraschender Umschlag, ein Crash, soviel Unheil sowohl im deutschen Wirtschaftsleben hervorrufen, wie Arbeitslosigkeit, Unglück und Verzweiflung über unzählbare unschuldige und Verführte im Gefolge haben wird. Sind denn die öffentlichen Gewalten dieser selbstmörderischen Entwicklung gegenüber ganz machtlos? Gefahr ist doch wirklich im Verzuge, allerhöchste Gefahr.

Englische Bestrebungen für Befundung der Währung.

Das starke Fallen der deutschen Mark auf der Börse findet in der Londoner Presse besondere Beachtung. „Daily Mail“ meldet, daß eine internationale Konferenz für Geldfragen, die vom „Verband für gesunde Währungen“ organisiert ist, Anfang Dezember in London stattfinden wird, um ein Programm der Maßnahmen zu entwerfen, die notwendig sind, um die Währung der verschiedenen Länder und den Goldstandard wiederherzustellen. An der Konferenz werden u. a. Earl Beauchamp, Sir Felix Suster, Sir Hugh Bell, Sir George Paish und Sir D. R. Stebenjon teilnehmen.